

Offenen Zugang zu Wissen verwirklichen!

Interview mit Prof. Dr. Beate Schücking
über Preissteigerungen für Online-Journals,
neue Allianzen und Nationallizenzen

BIS: Frau Schücking, Sie setzen sich als Rektorin für die Belange der UB ein, hier in Leipzig und haben realisiert, dass wir beim Erwerbungsbudget Schwierigkeiten haben. Was ist der Hintergrund Ihrer Initiative, welche Analyse steht dahinter?

BS: Wir haben ständig steigende Studierendenzahlen, Nachwuchswissenschaftlerzahlen, eine ständig steigende Anzahl von Forschungsprojekten an der Universität und entsprechend steigt auch ständig der Bedarf unserer jungen Leute wie unserer etablierten Wissenschaftler nach den Serviceleistungen der UB, nach den Möglichkeiten, die UB für ihre Zwecke einzusetzen und von den in Leipzig ja zum Teil hervorragenden Möglichkeiten auch zu profitieren. Das ist wunderbar, grenzt nur natürlich an die budgetierten Zwänge, mit denen wir im Moment heftiger denn je kämpfen. Diese budgetierten Zwänge – die Etats der UB können wir ja leider nicht entsprechend erhöhen – machen uns doch zunehmend Sorgen.

BIS: Ganz früher gab es das Geld für die Bibliotheken direkt vom Ministerium. Jetzt muss dieses Geld aus dem Gesamtbudget der Universität herausgeschnitten werden. Platz für die Berücksichtigung von Preissteigerungen ist da nicht. Wo gibt es eigentlich die Möglichkeit, neue Finanzquellen zu erschließen?

BS: Die größte Ausgabesteigerung haben wir im Moment im Bereich der Online-Journals. Und die größte Veränderung natürlich auch in dieser zunehmenden Bedeutung der digitalen Welt für die Wissenschaft mit der immer größeren Verbreitung des Online-Publizierens wie des Online-Lesens. Und gleichzeitig sind die Preissteigerungen, mit denen wir in diesem Bereich konfrontiert sind, zum Teil so exorbitant, dass sie uns vor ernste Probleme stellen.

BIS: Manche sagen, die Konkurrenz der Bibliotheken untereinander treibe die Preise hoch. Da würden etwa Nationallizenzen helfen; dieses Modell der Nationallizenzen gab es in Deutschland – DFG-gefördert – schon einmal. Das sind heute sogenannte Allianz-Lizenzen, bei denen die teilnehmenden Bibliotheken zahlen. Halten Sie das für ein gutes Modell?

BS: Ich halte es für einen von vielen Punkten, an denen uns im Moment die außeruniversitären Einrichtungen überlegen sind. Also „uns“ im Sinne von Universitäten. Wir haben dadurch, dass im Grunde jede Universität hier und da noch auf der Ebene von Landeskonsortien in kleineren Gruppen schauen muss, wo sie letztendlich bleibt in den Verhandlungen mit den großen Anbietern wie Elsevier und Springer u.a., eine Situation, dass sich die außeruniversitäre Welt keinerlei Gedanken darum machen muss, weiterhin unbegrenzten Zugang zu haben, wir aber jedes Jahr aufs Neue zittern müssen, ob wir denn für das nächste Jahr unseren Wissenschaftlern einen entsprechenden Zugang noch finanzieren können. Das ist ein ganz unguter Zustand und es ist auch letztendlich ein undemokratischer Zustand in einem Land, das sich die Wissenschaft ganz besonders auf die Fahne geschrieben hat. Damit meine ich jetzt die Bundesrepublik und nicht das Bundesland Sachsen. Und insofern muss es eigentlich ein gesamtdeutsches Ziel sein, diesen Zugang zum Wissen mit möglichst wenig Schranken zu verwirklichen. Das wird ein langer Weg sein; das wird alleine schon für die Universitäten und die Welt der Wissenschaft nichts sein, was wir durch Schalter-Umlegen von einer Minute zur anderen erreichen können. Aber wir können erste Schritte dorthin unternehmen und ich glaube, wir sind in dem guten Jahr, in



dem ich mich jetzt mit diesem Thema intensiver beschäftige, doch diesem Ziel auch schon um einiges näher gekommen.

BIS: Sie haben in der Hochschulrektorenkonferenz angeregt, eine bestimmte Initiative zu ergreifen. Wie sieht die aus?

BS: In der Herbstversammlung der Hochschulrektorenkonferenz ist ein sehr einheitlicher, von praktisch allen Hochschulen getragener Beschluss gefasst worden, dieses Thema im Sinne Nationallizenzen weiter zu verfolgen. Inzwischen hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die versuchen will, mit ersten Initiativen hier voranzukommen. Wir konnten ja auch schon lesen, dass an anderen universitären Standorten wie beispielsweise Konstanz die Konfrontation durchaus auch auf die Spitze getrieben wird. Dass man sich von bestimmten Anbietern auch verabschieden möchte, um eine neue Verhandlungsbasis zu finden. Und im Moment ist der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz dabei, eine Gruppe von Universitäten zusammenzustellen, die sich in solchen Verhandlungen zusammen mit den außeruniversitären Institutionen als neues Konsortium zusammenfinden.

BIS: Nun sind Sie hochschulpolitisch auf höheren Ebenen unterwegs und da gibt es ja das viel diskutierte Verbot der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern. Also normalerweise sind die Hochschulen Ländersache. Sollte man darüber noch einmal nachdenken?

BS: Es wäre natürlich im Sinne der Universitäten, dass das Kooperationsverbot fällt. Entsprechend hat das die Hochschulrektorenkonferenz gerade noch einmal gefordert. Die Frage, ob man einen breiten

Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen will, ist letztendlich eine Vision nicht nur für die Wissenschaft, sondern für die Bevölkerung insgesamt. Dass es kleinere und natürlich auch reiche Länder wie Norwegen gibt, die zumindest für bestimmte Bereiche wie gesundheitsrelevante Journals für die gesamte Bevölkerung einen Zugang einkaufen, sehe ich durchaus als vorbildlich an.

BIS: Wissensvermittlung, das haben Sie eben schon gesagt, ist etwas unmittelbar Wichtiges für die Hochschulen, aber insgesamt auch ein gesellschaftliches Anliegen. Richtig?

BS: Das ist ein gesellschaftliches Anliegen, was man gut verdeutlichen kann am Thema der „der mündige Patient“. Denn Menschen, die sich in Deutschland derzeit im Internet über ihre Gesundheit und ihre Möglichkeiten, bei bestimmten Erkrankungen behandelt zu werden, informieren, werden häufig sehr einseitig informiert, beispielsweise über das, was die Pharmaindustrie oder die Geräteindustrie oder andere Interessensvertreter da ins Netz stellen. In anderen Ländern, beispielsweise in England, gibt es Zugangsmöglichkeiten zu entsprechenden Datenbanken, die selektiert haben, welche Behandlungsformen auf der Basis wissenschaftlicher Evidenz tatsächlich empfehlenswert sind. Solche Möglichkeiten hätten wir in Deutschland auch, aber wir haben die Zugangsmöglichkeiten nicht. Und deswegen ist ein möglichst breiter Zugang für möglichst viele Menschen im Grunde das endgültige Ziel dieser Initiative, der wir schon wesentlich näher kommen würden, wenn wir für größere Bereiche Nationallizenzen bekommen könnten.

Das Interview führte Prof. Dr. Ulrich Johannes Schneider.